PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH:

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Sonderausgabe

Mai 1965

Weder Jonas noch Gorbach!

ERKLÄRUNG DER REDAKTION DER "ROTEN FAHNE"

ZUR BUNDESPRÄSIDENTENWAHL AM 23.MAI 1965

Das Redaktionskollektiv der "Roten Fahne", das am 3. April 1965 in Wien tagte, hat nach Anhörung eines Berichtes von Genossen Armin Freudmann und einer ausführlichen Diskussion, an der sich 19 der insgesamt 35 Anwesenden beteiligten, beschlossen, ihre Leser, Freunde und Sympathisierenden aufzufordern, am 23. Mai

leere Stimmzettel

abzugeben und damit der Tatsache Rechnung zu tragen, daß bei den Bundespräsidentenwahlen kein Kandidat existiert, der das Vertrauen und die Unterstützung der kämpfenden Arbeiterbewegung verdient.

Das Redaktionskollektiv hat sich zu dieser Aufforderung im vollen Bewußtsein des schwerwiegenden Mangels entschlossen, der darin liegt, daß es das Zentralkomitee der KPÖ trotz ausreichender Möglichkeiten unterlassen hat, einen profilierten Vertreter der kämpfenden Arbeiterklasse zu nominieren, während die sich um die "Rote Fahne" sammelnden Kommunisten diesmal dazu noch außerstande waren.

Um einen Kandidaten nominieren zu können, müßten wir nach den österreichischen Gesetzen insbesondere zwei Bedingungen erfüllen:

- a) Das öffentliche Bekenntnis von mindestens 2.000 Wahlberechtigten zu einer solchen Kandidatur, wobei neben Personaldaten, Adresse und Unterschrift in jedem einzelnen Fall auch ein behördlicher Nachweis der Wahlberechtigung erforderlich ist.
- b) Die Zahlung von 50.000 Schilling an die Staatskasse.

Obwohl die "Rote Fahne" über keinen organisatorischen Apparat verfügt, war das Redaktionskollektiv der Meinung, daß die erste Bedingung trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit erfüllt werden könnte. Was jedoch die Bezahlung von 50.000 S betrifft, bekennen wir offen, daß wir, die wir unseren Genossen seit vielen Monaten mit immer neu-

en Appellen an ihre finanzielle Opferbereitschaft in den Ohren liegen müssen, die solcherart mühsam aufgebrachten Arbeitergroschen für noch wichtigere Dinge brauchen. Gegenwärtig ist die Schranke der bürgerlichen Demokratie in Osterreich, wonach die Gleichheit und Freiheit des Rechtes auf Kandidatur erst beim Besitz von entbehrlichen 50.000 S beginnt, für uns somit noch allzu hoch - sie wird es nicht immer bleiben.

MIT JONAS GEGEN DEN NEOFASCHISMUS ?

Das Zentralkomitee der KPO hat - jedenfalls nicht durch finanzielle Hindernisse irretiert - auf eine eigene Kandidatur verzichtet und die Parole plakatieren lassen, "zur Verteidigung von Demokratie und Neutralität", sowie zur "Abwehr aller großdeutschen und neonazistischen Umtriebe" den Kandidaten der SPÖ, Franz Jonas, zu wählen.

Auch wir sind für die Verteidigung der demokratischen Errungenschaften gegen die neofaschistischen Gefahren. Aber gerade weil wir das ernst meinen, gelingt es uns nicht, die diesbezügliche Rolle der SP-Führung außer acht zu lassen und mit dem Stimmzettel zu unterstützen!

Wenn das ZK der KPO in seinem Maiaufruf unterstreicht, daß die neofaschistischen Strömungen in Österreich vor allem deshalb besonders gefährlich sind, weil sie von "einflußreichen Kreisen" un terstützt werden, so ist das zweifellos richtig. Aber geht diese Unterstützung wirklich nur von der OVP aus? Steht in dieser Hinsicht die SP-Führung nicht sogar vielfach in vorderster Reihe?

Wer hat denn in Österreich die Neonazipartei in ihrer ursprünglichen Form, den VdU, aus der Taufe gehoben und sich dessen sogar gerühmt? War es nicht der SP-Führer Helmer?

Wer hat denn in Österreich das Erscheinen des ersten Skandalblattes der Neonazis, den "Alpenländischen Heimatruf", dem dann in rascher Folge andere Nazi-Zeitungen gefolgt sind, gesetzlich ermöglicht und sogar herstellungstechnisch an die Hand genommen? War es nicht derselbe Helmer und die Grazer Parteidrukkerei der SPO?

Wer hat die Nachfolgerin des VdU, die FPO, mit mehreren Millionen Schilling Arbeitergeldern versorgt, wie kürzlich sogar gerichtsmäßig nachgewiesen werden konnte? War es nicht der damals noch sehr prominente SP-Führer Olah, und waren seine Erklärungen, im Auftrag und Einverständnis des SP-Vorstandes und insbesondere des SP-Vorsitzenden Pittermann gehandelt zu haben, wirklich nicht überzeugend?

Und wer hat denn monatelang ganz offen und ungeniert mit dem Gedanken geliebäugelt, gemeinsam mit der FPÖ eine Regierung der "kleinen Koalition" zu bilden, also die legale Agentur des Neofaschismus in Österreich zur Regierungspartei aufzublasen? War das nicht ebenfalls die SPO-Führung?

Und mit einem restlos gleichgeschalteten Vertreter ebendieser SP-Füh-

rung will das ZK der KPO heute die neofaschistische Gefahr bekämpfen? Welcher Irrsinn!

WER IST DER WAHRE HÜTER DER VERFASSUNG ?

Es gibt wohlmeinende Leute, die ihr nicht völlig erloschenes revolutionäres Gewissen mit der Argumentation zu beschwichtigen suchen, wenn die SP-Führung auch bei jeder Gelegenheit mit neofaschistischen Kreisen und Kräften paktiere (das durch die Olah-Affäre unrühmlich bekanntgewordene "Kontaktkomitee" zwischen SPO und FPO besteht nach wie vor weiter!), so werde ein ihr angehörender Bundespräsident doch einen gewissen "Schutz der Verfassung" darstellen, sich faschistischen Abenteuern widersetzen usw. Abgesehen davon, daß genügend viele geschichtliche Beispiele an einer solchen Hoffnung zweifeln lassen, ist sie aber schon deshalb spekulativ und gefährlich, weil ihr die oberflächliche Vorstellung zugrundeliegt, von einer einzelnen Person, eben dem "Hüter der Verfassung", hänge die Aufrechterhaltung oder Beseitigung der bürgerlichen Demokratie wesentlich ab. In Wahrheit ist das nicht so und war auch noch niemals der Fall. Gerade gegenüber solchen in gefährlicher Weise irreführenden und pseudodemokratischen Vorstellungen, müssen Kommunisten mit allem Nachdruck klarmachen:

Nr. 84 P. 6/3, 00

SCHLAGZEILEN, DIE SICH SCHLAGEN

Am 10. April veröffentlichte die "Volksstimme" den Aufruf der KPÖ, bei den Präsidentenwahlen für Jonas zu stimmen, um insbesondere dem Neofaschismus einen Zentralorgan der Kommunistil

Schlag zu versetzen. Der Zufall wollte es, daß gleich darunter ein langer Samstag, 10. April .

Aufsatz darüber zu stehen kam, wie der SP-Führer Olah die Neofaschisten finanziert hatte.

Past großartig zusammen, oder etwa nicht?

Für Jonas stimmen, do.

Partelkonfer og der KPO beschließt, die Wa

Wien, 9. April 'artei aufzun Bundes-Maj für

ie Aktionseinheit von Sozialisten · begrüßen › Kongrefihaus, dem fre- und kommunisten ist der Kern, um kommenden hnerheim, fand heute den sich demokratische Kräfte sam- Möglichkeit h. alkomitee der KPO meln können, gegen den Neofaschis- sten eine geme.
teikonferenz statt, mus, für dem kratische Forderungen, zunehmen: Im k henden Bundes- für die nationale Souveranität, für derlage der österre. den Frieden. Die semmunisten sehen der antidemokratisc. ihre entscheidende unktion darin, die Stärkung der D. für diese Politik der ktionseinheit Neutralität und der U. und der Sammlung den ekratischer Osterreichs. Kräfte zu wirken."

> Durch die Entwicklung der stan Wochen wurde diese Aufgaben lung überzeugend bestätigt, erkla Scharf, Im Sinne dieser Orientierung

An das Referat schloß rege Diskussion, an der sich gierte beteiligten.

Ein Platz blieb leer "Auf dieser Konferenz

ProzeB um Olah-Million

MATERIAL ZUM 19. PARTEITAG DER KPÖ IM MAI 1965

Egal, wer unter den heutigen Bedingungen in der Hofburg sitzt, ob Jonas, Gorbach oder irgendein anderer Koalitionspolitiker - es gibt nur eine Kraft, die dem im Rahmen einer breiten reaktionären Front vordringenden Faschismus Einhalt gebieten kann: die revolutionäre Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse!

Diese Kampfentschlossenheit kann die Arbeiterklasse aber nur gewinnen, wenn sie sich nicht trügerischen Hoffnungen hingibt, wenn sie sich frei macht von Illusionen, die sich eines Tages unbedingt rächen müssen, wenn sie sich insbesondere klar wird über die Rolle der einen und der anderen Koalitionspolitiker, die so wunderschön von "Demokratie" reden, aber mit den Faschisten paktieren, die sich so wortreich zur österreichischen Unabhängigkeit und Freiheit bekennen, aber alle Hebel in Bewegung setzen, um unser Land an die amerikanischen Imperialisten, an die westdeutschen Ruhrbarone oder im Rahmen der EWG an beide auszuliefern.

Eine große bürgerliche Zeitung hat sich kürzlich darüber lustig gemacht, daß die KPÖ "mit Jonas gegen die EWG" marschieren möchte. Ob der Text nun lautet "Mit Jonas gegen die EWG" oder "Mit
Jonas gegen den Neofaschismus" - es liegt auf der selben Ebene.
Wir sind weder imstande, über den Scherz zu
lachen, noch ihn am 23. Mai zu unterstützen!

GEGEN DIE POLITIK DES "KLEINEREN ÜBELS"

Das Redaktionskollektiv der "Roten Fahne" hält auch eine Argumentation für falsch, die sich etwa in der folgenden Form präsentiert: Es sei zwar richtig, daß Jonas, der sich zeitlebens als bornierter Antikommunist, als bereitwilliges Werkzeug der rechten SP-Führung und in seinem Amt in der Wiener Gemeindeverwaltung als knöcherner Bürokrat erwiesen hat, kein Kandidat ist, dem ein Kommunist irgendwelche Sympathien abgewinnen könnte; es sei wohl auch richtig, daß es notwendig gewesen wäre, den beiden Koalitionskandidaten einen klassenbewußten Arbeiter als Kandidaten gegenüberzustellen; aber sollte man jetzt, wo es eben leider nur die zwei SP-VP-Kandidaten gibt, nicht doch besser das "kleinere Übel" Jonas dem "größeren Übel" Gorbach vorziehen?

DER "INNERE FRIEDEN" - WESSEN ?

In einem in Form eines persönlichen Briefes gehaltenen Schreibens, das von der SPÖ-Führung anläßlich der Bundespräsidentenwahlen versandt wird, heißt es:

Wenn Sie wollen, daß die Funktion auch in Zukunft im Sinne unserer großen Bundespräsidenten Renner, Körner, Schärf ausgeübt wird, und der innere Frieden in Österreich gesichert bleibt, müssen Sie dafür sorgen, daß Bürgermeister Franz Jonas zum Präsidenten gewählt wird.

Wessen "innerer Frieden" mag da wohl gemeint sein? Großer Quiz-Preis für den, ders errät! Die SP-Führung versendet das Schreiben als Schnorrbrief insbesondere an Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Unternehmer usw., an Leute also, von denen sie annimmt, daß sie Geld haben.

FRANZ STROBL
Wien XV, Goldschlagstraße 30/33

Wien, den 26. Juni 1964

An das
Zentralkomitee der KPÖ
WIEN 20.,
Höchstädtplatz 3

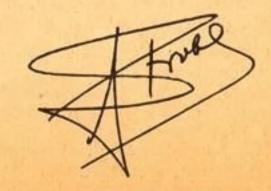
Betrifft: Rekurs an den Parteitag

Gegen den mir mit Begleitschreiben vom 15. Juni 1964 zugestellten Beschluß der Zentralen Schiedskommission, den von mir gegen den Antrag auf Parteiausschluß ergriffenen Rekurs abzulehnen, melde ich hiemit Rekurs an den Parteitag an.

Angesichts der großen Tragweite und der äußersten Folgenschwere des Vorhabens, jene Kommunisten aus der KPÖ auszuschließen, die die Grunderkenntnisse der revolutionären Theorie und Praxis nicht mit Füßen treten lassen wollen und aktiv gegen den Revisionismus kämpfen, der die Hauptgefahr für unsere Partei und für die ganze kommunistische Weltbewegung darstellt, stelle ich gleichzeitig den ANTRAG, mir auf dem kommenden Parteitag persönlich die Möglichkeit zu geben, meinen Standpunkt und meine mir als kommunistische Pflicht erscheinende Handlungsweise zu begründen, bevor der Parteitag eine Entscheidung fällt.

Mit kommunistischem Gruß

EINGESCHRIEBEN !



Wir antworten diesen Genossen: Auch die Bundespräsidentenwahlen sind in Wirklichkeit keine "Persönlichkeitswahlen", sondern eminent politische Wahlen, in denen zu den großen gesellschaftlichen Problemen, insbesondere zur Rolle und Tätigkeit der einzelnen Parteien Stellung genommen, ihre Politik entweder bekräftigt oder verworfen wird. Marxisten dürfen bei solchen Anläßen nicht vom Standpunkt des "kleineren Übels" (oder der "größeren Wohltat", wie es das ZK der KPÖ lieber definiert sehen möchte) ausgehen, sondern vom Standpunkt der Prinzipien und Grundsätze, die sie als richtig erkannt haben, und der historischen Verantwortung, die sie als der bewußteste Teil der Arbeiterbewegung bei der Vorbereitung und Leitung ihrer revolutionären Aufgaben haben.

Sicherlich gibt es zwischen SP und VP Unterschiede in bezug auf dieses oder jenes Detail, die man im Klassenkampf berücksichtigen muß. In mancher Beziehung mag es auch ein taktischer Vorteil sein, wenn die entscheidende Verantwortung der SP-Führung für das in unserem Land herrschende Profitsystem noch augenfälliger als bisher sichtbar würde. Doch gestehen wir offen, daß uns die Diskussion all dieser wirklichen oder vermeintlichen Unterschiede, taktischen Voroder Nachteile nicht interessiert angesichts der alles überschattenden Tatsache, daß jede, auch die bescheidenste und mit noch so "guten Gründen" gerechtfertigte Form der Verbreitung von Illusionen über Rolle und Charakter der SPÖ-Führung ein Verbrechen an der österreichischen Arbeiterklasse ist.

SCHLÜSSELPROBLEM RECHTSOPPORTUNISMUS

Die verhängnisvolle Rolle der SP-Führung ist heute das Schlüsselproblem des gesamten politischen Lebens in unserem Lande,
insbesondere das entscheidende Hindernis einer Entwicklung Österreichs zum Sozialismus. Solange der tiefe Einfluß der restlos verbürgerlichten SP-Führung auf die Massen der österreichischen Arbeiterklasse nicht gebrochen ist, läßt sich in unserem Land weder
die Hauptfrage Kapitalismus-Sozialismus lösen noch irgendeine der

STRENGE SITTEN

Am 16. April, am selben Tag, da sich die "Volksstimme" eifrig bemühte, Stimmung für die Wahl des Präsidentschaftskandidaten der SPÖ zu machen, erregte sich das Zentralorgan dieser SPÖ über die "Entgleisung" eines Journalisten, der im österreichischen Fernsehen einen Satz darüberffallen ließ, Renner hätte seinerzeit ein Zusammengehen der Sozialisten mit den Kommunisten erwogen. Im Zentralorgan der Jonas-Partei ist das eine so schmutzige und ehrenrührige "Verleumdung eines österreichischen Bundespräsidenten", daß es von der Fernsehleitung fordert, diesem Auslandskorrespondenten "in Zukunft kein öffentliches Forum mehr zu geben", das heißt, über ihn ein Sendeverbot zu verhängen.

Wenn die Sitten in der Partei von Jonas in bezug auf die Kommunisten so streng sind, wird er sich da nicht durch die Stimmen von jenen KPÖ-Mitgliedern beschmutzt und entehrt fühlen, die dem Pro-Jonas-Aufruf des ZK der KPÖ Folge leisten?

großen unmittelbaren Probleme, die gegenwärtig vor unserem Volk stehen.

Über die Rolle der ÖVP ist sich die Masse der Arbeiterschaft, die über ein gewisses Klassenbewußtsein verfügt, im wesentlichen klar. Bei weitem nicht klar ist sie sich aber über die Rolle der rechten SP-Führer. Hier besteht die entscheidende Schwäche, die überwunden werden muß, um auf der ganzen Front vorwärtszukommen.

Der Reformismus und Rechtsopportunismus ist die Hauptursache dafür, daß die über zahlenmäßig so mächtige Organisationen, über unzählige kämpferische Traditionen verfügende österreichische Arbeiterklasse ihr Gewicht nicht stärker in die Waagschale werfen kann. Nur indem man ihn zerschlägt, gibt es für unsere Arbeiterbewegung und damit für das ganze arbeitende Volk einen Weg nach vorne. Verzichtet man aber auf diese Notwendigkeit, empfiehlt man die SP-Führer geradezu als Garanten von Demokratie und Freiheit, Frieden und Unabhängigkeit, so beteiligt man sich damit faktisch am Betrug an den Massen und hilft nicht den Arbeitern, sondern denen, die auf ihrem Rücken schmarotzen und sich heute zur Aufrechterhaltung dieser "Ordnung" viel unmittelbarer auf den Betrug als auf die Bajonette stützen.

DAS SYSTEM DER "ALTERNATIVWAHLEN" DURCHBRECHEN!

Seit vielen Jahren kritisiert die Führung der KPÖ mit Recht, wie demagogisch und reaktionär das in Österreich wie in vielen anderen kapitalistischen Ländern herrschende System der "Alternativ-Wahlen"

WEISER FÜHRER

In der "Wiener Volks-Zeitung" vom April 1965, einer SP-Postwurfsendung zur Bundespräsidentenwahl, heißt es:

Die Koalition zwischen Sozialisten und Volkspartei in Wien unter der weisen Führung von Franz Jonas hat der Bundeshauptstadt die Aufwärtsentwicklung gebracht.

PRÄCHTIGER EHEMANN

In der SP-Postwurfsendung "Freies Volk" vom Mai 1965 wendet sich die Gattin von Franz Jonas an "alle Frauen in Österreich" mit einer Empfehlung, die ihnen alle Hoffnungen nimmt:

Wenn ich noch einmal jung wäre und ein zweites Mal meinen Lebenspartner wählen könnte, würde ich wiederum Franz Jonas heiraten.

AUF KEINEN FALL EINE "LEIDIGE NOTWENDIGKEIT"

In "Weg und Ziel" 5/1965 lesen wir in einem redaktionellen Artikel:

Wenn die Kommunisten in dieser Situation den Beschluß faßten, bei der kommenden Präsidentschaftswahl für den SPÖ-Kandidaten zu stimmen, so nicht aus einer leidigen Notwendigkeit und auch nicht, weil der Kandidat der Sozialistischen Partei gegenüber Gorbach das "kleinere Übel" darstellt.

ist, das dem Wähler, statt ihm eine echte Alternative zu bieten, nur die falsche "Wahl" zwischen Möglichkeiten läßt, die sich im Grunde alle gegen ihn richten und auf die Auswahl hinauslaufen, "welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll" (Marx).

Man kann dieses zutiefst undemokratische System, das in den USA in der trostlosen "Wahl" zwischen Johnson und Goldwater seinen typischesten Ausdruck gefunden hat, jedoch nur bekämpfen, indem man sich ihm nicht selber unterwirft, sondern es mutig und entschlossen durchbricht, eine wirkliche Alternative bietet - auch wenn sie zunächst nur den Charakter einer Demonstration, einer inmitten eines irregeführten Heeres mutig aufgepflanzten Fahne hat.

Auch das, was das ZK der KPÖ jetzt in bezug auf die Bundespräsidentenwahlen durchführt, ist nicht mehr als eine Demonstration – allerdings eine Demonstration der Prinzipienlosigkeit und des zunehmenden Tempos, in dem man unweigerlich abrutscht, wenn man sich einmal auf die schiefe Ebene des Revisionismus begeben hat. Mit der Jonas-Wahlkampagne bereitet das ZK der KPÖ mit Vehemenz auch schon die nächsten Nationalratswahlen vor – entweder ihren Verzicht auf eigene Kandidatur auch dort, oder die Pleite einer solchen, wenn sich doch noch dazu aufraffen sollte. Denn wer wird schon verstehen, daß all die Argumente, welche die KPÖ jetzt für den SP-Stimmzettel bereit hat, dann nicht erst recht gelten müssen, wenn es um die noch viel "wichtigere" Frage eines SP-Bundeskanzlers und um die "Arbeitermehrheit" in Parlament und Regierung geht?

In wenigen Tagen sind die Wahlen. Alle Seiten haben ihre Standpunkte bezogen: Die ÖVP ist für Gorbach, die SPÖ und die KPÖ-Führung sind für Jonas, der FPÖ scheinen bei de Kandidaten akzeptabel - uns keiner!

Wir wissen uns damit einig nicht nur mit vielen tausenden unserer kommunistischen Genossen, sondern auch mit einer großen Zahl jener wirklich linken Sozialisten, die einen zähen und unermüdlichen, gerade wegen seiner Schwierigkeit doppelt bewunderungswürdigen Kampf
gegen die katastrophale Politik der rechten SP-Führung führen und mit
denen uns schon deshalb viel verbindet, weil ihre Situation der unseren
so ähnlich ist.

Gemeinsam mit diesen Genossen wählen wir am 23. Mai ungültig und demonstrieren damit

- GEGEN REVISIONISMUS UND RECHTSOPPORTUNISMUS
- GEGEN DIE REAKTIONÄRE KOALITIONSPOLITIK
- FÜR DEN PROLETARISCHEN KLASSENSTANDPUNKT

Die "ROTE FAHNE"

ist das Organ aller revolutionär eingestellten Menschen innerhalb und außerhalb der KPÖ, die sich der revisionistischen Gleichschaltung entgegenstellen, die revolutionären Errungenschaften und Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung verteidigen und die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus und Kommunismus anerkennen und befolgen wollen.

Die "Rote Fahne" erscheint zweimal monatlich im Umfang von 24 bis 40 Seiten und ist gegenwärtig die einzige unverändert auf dem Standpunkt des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus stehende österreichische Zeitung.

Wir sind gerne bereit, die Zeitung an alle uns bekanntgegebenen Interessenten für einige Zeit völlig unverbindlich und kostenlos zu übersenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen.

PEKING RUNDSCHAU

Eine Wochenschrift mit Nachrichten und Ansichten aus China

- Chinas Ansichten über aktuelle internationale Fragen
- Theoretische Artikel und wichtige Dokumente
- Autoritative Berichte über die Entwicklung in China
- Illustrationen, Karikaturen, Karten und Tabellen

Abonnementszustellung in alle Welt per Luftpost

Erhältlich in Englisch. Französisch, Deutsch, Indonesisch, Japanisch und Spanisch

Einzelheft .						S	2, -
Abonnement							80, -
Abonnement	für	2	Jahr	re			120, -
Abonnement	für	3	Jahr	e			160

Wenden Sie sich bitte mit Ihrer Bestellung an

POSTAMT WIEN 152 POSTFACH 15

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101